

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN M-V • Gaußstr. 5 • 19055 Schwerin

An
Dr. med. Marcus von Stenglin
Hedwig-v.-Goetzen-Str. 10,
18059 Rostock

Mail: recycling-rostock@freenet.de

Landesgeschäftsstelle M-V
Gaußstr. 5, 19055 Schwerin
Fax 0385/5574-229
www.gruene-mv.de

Ulrich Söffker
Landesgeschäftsführer
Tel. 0385/5574-356
ulrich.soeffker@m-v.gruene.de

Robert Hintz
robert.hintz@gruene-mv.de

**Wahlprüfsteine zur Landtagswahl,
Ihre Anfrage vom 12. August 2011**

Schwerin, den 17.08.2011

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr von Stenglin,

wir bedanken uns bei Ihnen für Ihre Anfrage. Mit diesem Schreiben erhalten Sie heute unsere Antwort zu Ihren sechs Wahlprüfsteinen. Anbei erhalten Sie ebenfalls unser Wahlprogramm, dem Sie weitere Positionen unserer Partei entnehmen können.

Mit besten Grüßen,
gez. Robert Hintz

Klimapolitischer Aspekt

Antwort auf Fragestellung 1: *(Wie wirkt ihre Partei/Wählergruppe zukünftig dem Vorhaben, Müllverbrennungsanlagen (MVA) zu betreiben bzw. sie sogar noch zu erweitern, entgegen (z. B. Rostock, Stavenhagen und Hagenow, neue Anlagen) ?)*

Wir brauchen eine effiziente Müllvermeidung, -trennung und -verwertung, um gar nicht erst Reststoffe zur Verbrennung entstehen zu lassen. Dazu gehört auch eine Aufwändige technische Mülltrennung.

Wir befürworten Initiativen in der Landes- und Regionalplanung, die den Bau von Verbrennungsanlagen erschweren.

Hier gilt vor allem Bundesrecht, aber auch auf der Bundesebene setzen wir uns gegen Müllverbrennung ein.

Ziel muss es sein, keine neuen Anlagen zuzulassen und die vorhandenen Anlagen möglichst bald auslaufen zu lassen.

Wirtschaftspolitischer Aspekt

Antwort auf Fragestellung 1: *(Wie wird sich ihre Partei/Wählergruppe zukünftig für den Erhalt der Wertstoffe und die Sicherung des Tourismus und der Gesundheitswirtschaft in den von einer MVA betroffenen Regionen einsetzen? Welche konkreten Ziele verfolgen Sie?)*

Wie genannt, stehen für uns Vermeidung, Trennung und Verwertung im Vordergrund und müssen intensiviert werden, um Wertstoffe zu erhalten und ggf. einer stofflichen Wiederverwertung zuzuführen.

In den Regionen, d.h. direkt an den Müllverbrennungsanlagen brauchen wir eine laufende Überwachung der Anlagen, die eine Minimierung der Emissionen und die sofortige Information über Störfälle gewährleistet.

Wir halten dazu die öffentliche Dokumentation von aktuellen Messwerten im Internet für ein geeignetes Instrument.

Grundsätzlich halten wir Müllverbrennungsanlagen nicht mit dem Ziel „Gesundheitsland“ oder mit der Produktion hochwertiger Lebensmittel für vereinbar. Daher streben wir ein Auslaufen der Anlagen an.

Arbeitsmarktpolitischer Aspekt

Antwort auf Fragestellung 1: *(Wie will ihre Partei/Wählergruppe dazu beitragen, dass in den Regionen, in denen Müllverbrennungsanlagen geplant, gebaut oder betrieben werden, zukunftsfähige, nachhaltige und innovative Arbeitsplätze in dem Sektor der Sekundärrohstoffwirtschaft geschaffen werden?)*

Unser Ziel ist es, schon bei der Produktion Abfälle zu vermeiden. Nach der Sammlung von Abfall sollte dieser direkt einer intensiven Sortierung zugeführt werden, die ein möglichst hochwertiges stoffliches Recycling gewährleistet. Die Überwachung dieser Anlagen schafft mindestens genauso viele Arbeitsplätze wie die Müllverbrennungsanlagen.

Bei der Förderung der regionalen Wirtschaft stehen für uns der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Förderung von Bildung und Forschung im Vordergrund. Diese Bereiche schaffen zukunftsfähige und deutlich mehr Arbeitsplätze, die zudem umweltverträglich sind.

Gesundheitspolitischer Aspekt

Antwort auf Fragestellung 1: *(Wie wird sich ihre Partei/Wählergruppe für die Gesundheit der Bürger und der Gäste sowie für die Tourismus und der*

Gesundheitswirtschaft und gegen die unnötige Verschmutzung der Luft einsetzen?)

Wir setzen uns grundsätzlich für eine Reduzierung von schädlichen Emissionen ein, u.a. im Energiebereich durch Umstellung auf Erneuerbare Energien und Abschaltung von Kohlekraftwerken, statt Neubau solcher Anlagen.

Im Verkehrsbereich durch effizientere Motoren und die Verlagerung auf ÖPNV und Rad. Im Schiffsverkehr durch Reduzierung der Emissionen (Treibstoff, Filter, Landanschlüsse).

Genehmigungsrechtlicher Aspekt

Antwort auf Fragestellung 1: *(Wie wird sich ihre Partei/Wählergruppe gegen diese willkürliche und ignorante Missachtung von gesetzlichen Vorgaben zum Nachteil des Großraumes Rostock durch die Genehmigungsbehörde des Landes verwahren?)*

Wir haben das Verfahren ja von Anfang an mit begleitet und auch rechtliche Beratung dazu eingeholt und mit Ihnen und Verbänden wie dem BUND in der Sache zusammengearbeitet, um die Anlage in Rostock zu verhindern.

Derzeit sehen wir allerdings keine Handlungsmöglichkeiten mehr um eine Widerrufung der Anlagengenehmigung zu erreichen.

Antwort auf Fragestellung 2: *(Welche Fördermittel wurden für die „alte“ und „neue“ Anlage in Rostock insgesamt ausgereicht? Welcher Fördermittelrahmen ist in anderen Branchen des Großraumes Rostock durch diese Anlage potentiell gefährdet?)*

Genauere Zahlen sind uns nicht bekannt. Als Landtagsfraktion würden wir das ggf. gern im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage in Erfahrung bringen.

Wir sehen eher die Ansiedlung neuer Firmen gefährdet, die z.B. mit Reinräumen arbeiten und durch die Müllverbrennung und das Kohlekraftwerk in Frage gestellt werden.

Antwort auf Fragestellung 3: *(Welchen potentiellen Wertverlust hat Grundeigentum in der Umgebung von Müllverbrennungsanlagen?)*

Durch die Abgase und die Nähe der Anlage findet grundsätzlich eine Entwertung von Flächen im Umfeld statt.

Abfall- / Kreislaufwirtschaftlicher Aspekt

Antwort auf Fragestellung 1: *(Wie will ihre Partei/Wählergruppe dies gestalten? Wie wertet ihre Partei/Wählergruppe in diesem Zusammenhang die unnötige Vergrößerung von Müllverbrennungskapazitäten in unserem Land bei bundesweit bestehenden Müllverbrennungsüberkapazitäten?)*

Wie oben beschrieben, stellen wir Vermeidung und Verwertung in den Vordergrund. Alle zusätzlichen Verbrennungskapazitäten reduzieren den Druck und den Anreiz zur Vermeidung und stofflichen Verwertung. Wegen der erheblichen Behandlungskosten entsteht ein wirtschaftlicher Anreiz die Anlagen auszulasten und über längere Zeiträume zu betreiben.

Antwort auf Fragestellung 2: *(Warum also werden nach wie vor viele werthaltigen Stoffe des Mülls verbrannt und nicht recycelt? Welche konkreten Maßnahmen will ihre Partei/Wählergruppe nach Ihrer Wahl gegen die unnötige Verschwendung von veredelten Rohstoffen durch Müllverbrennungsanlagen im Land M/V ergreifen?)*

Wir brauchen eine Abfallwirtschaftsplanung, die neue Kriterien in den Vordergrund stellt. Die neuen Landkreise sollten genutzt werden, um auch auf Kommunalen Ebene neue Strukturen zu schaffen, die nicht auf Müllverbrennung setzen. Grundsätzlich müssen die Anforderungen an die stoffliche Verwertung von Abfällen verändert werden. Dabei darf nicht mehr nur das Risiko der Belastung von Boden und Wasser bei der Deponierung im Vordergrund stehen. Ergänzend müssen Kriterien in den Vordergrund gerückt werden, die einen hohen Anteil an stofflicher Verwertung einfordern. Dies sind allerdings vorwiegend bundespolitische Herausforderungen.

Antwort auf Fragestellung 3: *(Was unternimmt ihre Partei/Wählergruppe, damit die stoffliche Verwertung auch von Plastikabfällen Vorrang erhält?)*

siehe oben

Antwort auf Fragestellung 4: *(Wie wird ihre Partei/Wählergruppe auf entsprechende, zukunftsfähige regionale Abfallwirtschaftskonzepte und Landesabfallpläne hinwirken?)*

siehe oben